

A n t r a g

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Förderung des ökologischen Landbaus in Thüringen

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,
 - a) welche Bedeutung sie dem ökologischen Landbau in Thüringen beimisst;
 - b) wie sie die bisherige Entwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern und zum Bundesdurchschnitt bewertet;
 - c) welche Vorstellungen sie hat zur weiteren Entwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen;
 - d) welche Ursachen sie sieht für das weitere Auseinanderdriften von Angebot und Nachfrage und was sie zu tun gedenkt, um diese Entwicklung umzukehren;
 - e) ob der Beitritt Thüringens zum Europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen als Zeichen dafür zu werten ist, dass die Thüringer Landesregierung die von der Gentechnik-Lobby propagierte Koexistenz von ökologischer, gentechnikfreier konventioneller und gentechniknutzender Landbewirtschaftung in Frage stellt.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Weiterförderung von Betrieben, die seit 2007 in die L1-Maßnahme des Programms zur Förderung von umweltgerechter Landwirtschaft, Erhaltung der Kulturlandschaft, Naturschutz und Landschaftspflege in Thüringen (KULAP) eingetreten sind, bis zum Anschluss an die neue EU-Förderperiode sicherzustellen (so genannte 5+n-Förderung – die Fortführung der Förderung nach dem fünfjährigen Verpflichtungszeitraum bis zum Beginn der neuen Förderperiode).

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle ab 2011 neu hinzukommenden Umstellungsbetriebe, aber auch alle Öko-Betriebe mit Erweiterungs- und Umstellungsflächen in die KULAP-L1-Förderung aufzunehmen und deren Finanzierung bis zum Anschluss an die neue EU-Förderperiode sicherzustellen. Das betrifft auch beabsichtigte Wechsel von der KULAP-Maßnahme L4 zu L1 in Ökobetrieben.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur dauerhaften Sicherstellung der ökologischen Landwirtschaft in Thüringen folgende Maßnahmen gegen die Etablierung der Agro-Gentechnik im Freistaat zu ergreifen:
 - a) Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Ausweitung der gentechnikfreien Regionen;
 - b) Berufung eines Gentechnikbeirates nach dem Vorbild anderer Beiräte (z. B. Tierschutzbeirat, Nachhaltigkeitsbeirat).

Begründung:

Nach einer Stagnation im Jahr 2009 hat der Bio-Markt 2010 wieder angezogen: Auf insgesamt 5,9 Milliarden Euro stieg der Umsatz bei ökologisch produzierten Lebensmitteln in Deutschland. Alle seriösen Untersuchungen prognostizieren einen weiteren deutlichen Anstieg in diesem Segment. Eigentlich beste Bedingungen für einen wachsenden Bereich in der Land- und Ernährungswirtschaft und eine Chance für umstellungswillige Agrarbetriebe.

Eine von der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Auftrag gegebene Studie der Universität Bonn bestätigte kürzlich erneut, was Branchenkenner seit vielen Jahren anmahnen: Die Erzeugung von Biolebensmitteln hält mit dem wachsenden Markt immer weniger stand - immer mehr ökologisch erzeugte Produkte müssen importiert werden, oft von Übersee, was die Gesamt-Ökobilanz generell in Frage stellt. Diese Entwicklung macht auch vor Thüringen nicht Halt.

Dabei ist der Freistaat auf die erfolgreiche Entwicklung seiner ländlichen Gebiete existentiell angewiesen. Der Ökolandbau ist neben der Biomasseerzeugung der einzige Bereich, der seit 20 Jahren kontinuierlich wächst. Eine restriktive Förderung würde Betriebe von der Umstellung abhalten - Angebot und Nachfrage würden weiter auseinanderdriften.

Bei allen Unklarheiten bezüglich der Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der Europäischen Union nach 2013 (GAP) zeichnet sich bereits jetzt eines ganz klar ab: Biodiversität, Klima-, Boden-, Wasser- und Tierschutz werden in der neuen Förderperiode auf der Prioritätenliste der förderwürdigen Maßnahmen ganz oben stehen. Das Risiko, das der Freistaat mit der Finanzierung der unter Nummer 2 und 3 geforderten Maßnahmen eingeht, ist deshalb im Prinzip nicht existent.

Für die Fraktion:

Siegesmund